

Europawahl 2019

Parteienmonitor

**Übersicht zur europapolitischen Programmatik
der deutschen Bundestagsparteien**

EUROPA

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Inhalt

Vorbemerkung	1
 Europapolitische Positionen der Bundestagsparteien	
Übersichtstabelle	2
Soziale Gerechtigkeit – Arbeitsmarkt und Sozialpolitik	5
Wachstum und Wohlstand – Wirtschaftspolitik	12
Gleichstellung und Antidiskriminierung – Gleichstellungspolitik.....	28
Klima und Nachhaltigkeit – Umwelt- und Klimapolitik	36
Sicherheit und Frieden – Außen- und Sicherheitspolitik	47
Flucht und Migration – Asylpolitik	61
Starkes Europa – EU-Institutionen	74
Quellenangaben.....	75

Vorbemerkung

Die Europawahlen finden in diesem Jahr vom 23. bis zum 26. Mai statt. In Deutschland ist der 26. Mai 2019 der Wahltag, an dem das Europäische Parlament gewählt wird.

Die Übersicht zur Programmatik der deutschen Bundestagsparteien soll interessierten Wählerinnen und Wählern einen schnellen Einstieg in die verschiedenen Wahlprogramme ermöglichen. Eine Auswahl relevanter Themenbereiche wird gegenübergestellt, sodass die programmatischen Differenzen und Übereinstimmungen deutlich werden. Darüber hinaus sind Auszüge aus den Parteiprogrammen zur weiteren Analyse enthalten.

Europapolitische Programmatik der Bundestagsparteien*

*Vergleich der Programmatik erfolgt auf Grundlage verabschiedeter Europawahlprogramme oder veröffentlichter Entwürfe (siehe Quellenangaben).

Die Einordnung der programmatischen Positionen beruht auf eigenen Einschätzungen und dient der Übersicht. Wir empfehlen eine weitere Auseinandersetzung mit den Wahlprogrammen.

Übersichtstabelle

	Zustimmung	Indifferenz	Ablehnung	k.A.		
						
Arbeitsmarktpolitik						
Sozialpartnerschaft stärken						
Betriebliche Mitbestimmung stärken						
Tarifbindung stärken						
Europäischer Mindestlohn						
Sozialpolitik						
Europäische soziale Grundrechte stärken						
Europäische Arbeitslosenversicherung						
Steuerpolitik						
Steuerbetrug auf EU-Ebene verhindern						
Einstimmigkeit in Steuerfragen abschaffen						
Konsolidierung der Körperschaftssteuer						
Europäischer Mindeststeuersatz						
Europäische Unternehmenssteuer						
Europäische Digitalsteuer						
EU-Finanztransaktionssteuer						
Vermögenssteuer						
Handelspolitik						
Freihandelsabkommen stärken						
WTO stärken						
WWU-Reformen						
Europäischer Währungsfonds (EWF)						
Bankenunion vollenden						
Insolvenzmechanismus für Eurostaaten						
Gleichstellungspolitik						
Gender-Pay-Gap / Lohndiskriminierung						
Vereinbarkeit zw. Familie und Beruf stärken						

Quoten-Regelungen	■	■	■	■	■	■
Istanbul-Konvention	■	■	■	■	■	■
Gewalt gegen Frauen bekämpfen	■	■	■	■	■	■
Gleiche Rechte für LGBTIQ	■	■	■	■	■	■
Reproduktive Rechte stärken	■	■	■	■	■	■
Klimapolitik						
Klimaschutz sozial verträglich gestalten	■	■	■	■	■	■
Emissionshandel ausbauen / CO ² -Preis	■	■	■	■	■	■
Klimapass	■	■	■	■	■	■
Europäische Plastiksteuer / Verbot von Kunststoffen	■	■	■	■	■	■
Energiepolitik						
Energieunion / Energiebinnenmarkt	■	■	■	■	■	■
Europäische Kohleenergie	■	■	■	■	■	■
Europäische Atomenergie	■	■	■	■	■	■
Strukturwandel sozial verträglich gestalten	■	■	■	■	■	■
Nordstream 2	■	■	■	■	■	■
Außenpolitik						
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	■	■	■	■	■	■
Europäischer Außenminister	■	■	■	■	■	■
Einstimmigkeit in der ASP abschaffen	■	■	■	■	■	■
Brexit – Beziehungen zw. EU und UK	■	■	■	■	■	■
Transatlantische Partnerschaft	■	■	■	■	■	■
Sanktionen gegen Russland	■	■	■	■	■	■
Kooperation mit d. Türkei / EU-Türkeibeitritt	■	■	■	■	■	■
Kooperation mit China	■	■	■	■	■	■
Sicherheitspolitik						
EU-Militär / Europäische Sicherheitsunion	■	■	■	■	■	■
OSZE stärken	■	■	■	■	■	■
INF-Vertrag erneuern	■	■	■	■	■	■
Rüstungskontrolle und Abrüstung	■	■	■	■	■	■
NATO 2-% Ziel / Rüstungsausgaben erhöhen	■	■	■	■	■	■
Asylpolitik						
Asylverfahren verschärfen	■	■	■	■	■	■
Grundrecht auf Asyl	■	■	■	■	■	■
Dublin-System	■	■	■	■	■	■
EU-Asylsystem / EU-Verteilungsmechanismus	■	■	■	■	■	■
Europ. Einwanderungsrecht für Arbeitsmigration	■	■	■	■	■	■
Europäische Seenotrettung	■	■	■	■	■	■
Grenzkontrollen	■	■	■	■	■	■
Frontex / EU-Asylbehörde	■	■	■	■	■	■
Transitzentren	■	■	■	■	■	■
Flüchtlingsabkommen mit Drittstaaten / Aufnahmezentren	■	■	■	■	■	■
Erweiterung sicherer Herkunftsländer	■	■	■	■	■	■
Fluchtursachen bekämpfen	■	■	■	■	■	■

legale Fluchtwege schaffen						
EU-Institutionen						
Initiativrecht für das EU-Parlament						
Lobbyregister für EU-Institutionen						
Mehrheitsprinzip stärken						
Europäische Wahllisten						
Spitzenkandidat_innen						

Soziale Gerechtigkeit

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Arbeitsmarktpolitik						
Sozialpartnerschaft stärken						
SPD: "Der soziale Dialog soll gestärkt und die Sozialpartner besser in die europäischen Gesetzgebungsprozesse eingebunden werden. Vereinbarungen der Sozialpartner sollen von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. " [S. 11] Union: "Die Sozialpartnerschaft ist ein wesentlicher Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft in unserem Europa. Wir wollen diese Partnerschaft stärken und die Mitbestimmung in den Unternehmen sichern." [S. 4] B90/DieGrünen: - DieLinke: - FDP: "Wir wollen die Koalitionsfreiheit der Sozialpartner wahren und sicherstellen, dass europäische Tarifverträge die nationalen nicht verdrängen, wenn ein nationaler Verband nicht zugestimmt hat." [S. 28] AfD: -						

Tarifbindung stärken					
SPD: "Die Tarifbindung wird dadurch gestärkt, dass Tariftreue künftig besonders positiv im Ausschreibungs- und Vergabeverfahren berücksichtigt wird. Unternehmen, die als Sozialpartner anständig bezahlen sollen nicht das Nachsehen haben gegenüber denjenigen, die auf Kosten der Beschäftigten Lohndumping betreiben." [S. 11]					
Union: -					
B90/DieGrünen: -					
DieLinke: "Wir wollen die Mitgliedsstaaten verpflichten, flächendeckende Tarifverträge statt Tariffahrt zu fördern. Wenn die Tarifbindung abnimmt, müssen die Mitgliedstaaten Gegenmaßnahmen ergreifen. In Deutschland wollen wir durchsetzen, dass Tarifverträge auf Antrag der Gewerkschaften für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Damit wollen wir die Tarifbindung stärken und dazu beitragen, dass alle Beschäftigten durch flächendeckende und verbindliche Tarifverträge vor Lohndumping geschützt werden." [S. 49f.]					
FDP: "Wir wollen die Koalitionsfreiheit der Sozialpartner wahren und sicherstellen, dass europäische Tarifverträge die nationalen nicht verdrängen, wenn ein nationaler Verband nicht zugestimmt hat." [S. 28]					
AfD: -					

Europäischer Mindestlohn					
SPD: "Deshalb wollen wir einen Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne und adäquate Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme in allen EU-Staaten durchsetzen. [...] Kein Vollzeit-Lohn in der Europäischen Union soll unter der nationalen Armutsschwelle liegen. Funktionierende nationale Lohnfindungsmechanismen und nationale Systeme der Mindestlohnsetzung gilt es zu erhalten." [S. 6]					
"Mindestlohn von 12 Euro in Deutschland und länderspezifischer Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten. Der Mindestlohn in Deutschland ist immer noch zu niedrig. Er soll steigen, um die Beschäftigten besser an den Produktivitätszuwächsen der letzten Jahre zu beteiligen und besser gegen Altersarmut zu schützen. In allen Mitgliedstaaten Europas sollen zudem Mindestlöhne geschaffen werden, die mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohns betragen und so besser vor Armut schützen." [S. 10]					
CDU/CSU: "Gleichwohl bleiben Mitgliedstaaten für die sozialen Sicherungssysteme, Regulierungen zum Mindestlohn oder der Altersvorsorge selbst verantwortlich." [S. 4]					
B90/DieGrünen: "Um Lohndumping in der EU zulasten aller Arbeitnehmer*innen zu verhindern, setzen wir uns daher für eine Mindestlohnrichtlinie ein, die allen Arbeitnehmer*innen in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert." [S. 75f.]					
DieLinke: "Eine solidarische Lohnpolitik in Europa, die in allen Mitgliedstaaten die Spielräume der Produktivität nutzt und so die Umverteilung von den Beschäftigten zu den Unternehmen stoppt. Das würde für Deutschland bedeuten, dass die Löhne sofort steigen – und damit der Lebensstandard von allen. [...] Alle EU-Staaten werden dazu verpflichtet, existenzsichernde Mindestlöhne einzuführen. Dafür müssen sie oberhalb von 60 Prozent der mittleren Verdienste in den jeweiligen Ländern liegen. Für Deutschland heißt das heute: 12 Euro Mindestlohn, ohne Ausnahmen." [S. 49]					
FDP: "Wir Freie Demokraten unterstützen [...] die Betonung der Tarifautonomie und die Achtung der nationalen wirtschaftlichen Bedingungen bei der Festlegung von Mindestlöhnen. [...] Die Ausgestaltung von Arbeitslosenversicherung und Mindestlohn kann nur durch nationale Tarif- und Arbeitsmarktpolitik erfolgen, denn gerade der Arbeitsmarkt ist so abhängig von den unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes, dass eine einheitliche europäische Regelung nicht zielführend wäre." [S. 28]					
AfD: -					

Wachstum und Wohlstand

Wirtschaftspolitik

Haushaltspolitik
Haushaltspolitische Grundsätze
SPD: "Das Kaputtsparen vor allem zu Lasten des sozialen Zusammenhalts werden wir beenden. Zukunftsinvestitionen und die Konsolidierung von öffentlichen Haushalten dürfen nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. [...] Ein gemeinsames Budget der Euro-Länder soll für mehr Investitionen sorgen, die erforderlichen Produktivitätssteigerungen und Anpassungen der Wettbewerbsfähigkeit befördern und die Stabilität der Eurozone sichern. Aus einem solchen Eurozonenhaushalt sollen die Mittel auch und gerade in Schwächephase zur Stabilisierung zur Verfügung stehen." [S. 8]
Union: "Unser Europa steht für eine solide Haushaltspolitik. Wir wollen mit den Haushaltsmitteln der EU verantwortungsvoll umgehen. Haushaltsmittel müssen für Zukunftsaufgaben eingesetzt werden, die einen europäischen Mehrwert schaffen und den europäischen Bürgern nutzen. Wir werden regelmäßig prüfen, welche Aufgaben entbehrlich sind und entfallen können. Europa soll nur dann tätig werden, wenn ein europaweit einheitliches Vorgehen einen echten Mehrwert gegenüber der nationalstaatlichen Aufgabenerfüllung bringt. Klar ist aber auch: Wir brauchen eine handlungsfähige Europäische Union. Dafür werden wir sie entsprechend ihren Aufgaben finanziell sinnvoll und mit Augenmaß ausstatten." [S. 10f.]
B90/DieGrünen: "Wir fordern einen EU-Haushalt in Höhe von 1,3 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts, damit die Europäische Union die ihr bereits heute übertragenen Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Wenn die europäische Ebene nach und nach mehr Verantwortung übernehmen soll, dann muss das Volumen des EU-Finanzrahmens entsprechend den zu erfüllenden Aufgaben wachsen. In dem Maße, wie die EU eigene Einnahmequellen erschließt, reduzieren sich die nationalen Beiträge." [S. 51]
DieLinke: "Wir wollen die öffentlichen Haushalte von der Diktatur der Finanzmärkte befreien. Kredite des EU-Krisenfonds und die Währungspolitik der EZB sind bislang an Auflagen gebunden, die zu Lohnsenkungen und dem Abbau des Sozialstaates gezwungen haben. Statt der unsozialen und undemokratischen Ausrichtung der EZB und der Troika wollen wir, dass öffentliche Investitionen im Interesse des Gemeinwohls auch durch EZB-Kredite finanziert werden können: durch vermögensschaffende Neuverschuldung im Rahmen der Goldenen Regel und über die EZB. Das geht kurzfristig und in Übereinstimmung mit den EU-Verträgen. Zusätzlich wollen wir Superreiche und Konzerne hierfür stärker besteuern." [S. 59]
FDP: "Durch die Eingliederung sämtlicher Sonderhaushalte und die Abschaffung aller Rabatte und Korrekturen soll er transparenter werden. Bei der Gewichtung der Ausgaben setzen wir uns dafür ein, die Mittel für Forschung, Innovation und Digitalisierung, Migrationspolitik sowie Außen- und Verteidigungspolitik zu erhöhen. Umgekehrt sind die Mittel für Struktur- und Kohäsionsfonds zielgerichteter einzusetzen und gegebenenfalls zu senken. Sie sollen stärker auf die Unterstützung des technologischen Wandels setzen; gerade in Bereichen wie der Entwicklung disruptiver Technologien und künstlicher Intelligenz kann Europa nur gemeinsam zum Champion werden. Schließlich gilt es, auch bei den Mitteln für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bei Anerkennung der vielfältigen Funktionen, welche die Landwirtschaft innerhalb der Europäischen Union erfüllt, stärker auf Marktwirtschaft und weniger Bürokratie zu setzen." [S. 41]
AfD: "Steuern, insbesondere solche, die ausschließlich zur Finanzierung des EU-Haushalts dienen, lehnen wir ab. [...] Jede Kompetenz der EU zur Besteuerung befeuert den Drang der EU, zu einem selbständigen Staat zu werden. Wir lehnen daher mit aller Entschiedenheit die Vorschläge ab, das Eigenmittelsystem der EU so zu reformieren, dass die EU Zugang zu den von den Beiträgen der Mitgliedstaaten unabhängigen Finanzierungsquellen erhält. [...] Die AfD lehnt eine Ausweitung des EU-Haushaltes ab. Die durch die EU verhängten und vereinnahmten Strafen sind anteilig an die Mitgliedstaaten weiterzuleiten." [S. 23f.]

Steuerpolitik	
Steuerpolitische Grundsätze	
	SPD: "Wer Milliardenерträge erwirtschaftet, muss angemessen besteuert werden und seinen fairen Anteil für die solidarische Gesellschaft leisten. Das gilt auch für die digitalen Großkonzerne in Europa. Schluss mit dem Wettlauf um die niedrigsten Unternehmersteuern zwischen den Mitgliedsstaaten. Schluss mit Wettbewerbsverzerrung auf Kosten des Allgemeinwohls." [S. 7]
	Union: "Alle Unternehmen sollen Steuern zahlen. Dabei setzen wir uns in der EU und international weiterhin für abgestimmte Lösungen auf Basis einer virtuellen Betriebsstätte ein. [...] Dabei müssen die Besonderheiten der deutschen Unternehmenslandschaft und -besteuerung angemessen berücksichtigt werden, um Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen zu vermeiden." [S. 11]
	B90/DieGrünen: "Unser europäisches Sozialmodell braucht eine ausreichende Finanzierung. Fehlt es den Staaten an Steuereinnahmen, werden öffentliche Leistungen gekürzt und die Infrastruktur wird vernachlässigt. Wir wollen, dass die Finanzierung gerecht ist: Starke Schultern sollen auch mehr beitragen." [S. 64]
	DieLinke: "Die Unternehmen, die die größten Gewinne in der EU machen, zahlen am wenigsten Steuern. [...] Der private Reichtum in Europa explodiert. Die Reichen werden überall in der EU reicher, Armut breitet sich aus. Das ist kein Zufall. Der private Reichtum wird nicht ausreichend durch Steuern dem Gemeinwohl zugeführt." [S. 61f.]
	FDP: "Ein Europa, das rechnen kann – auch bei den Steuern. Deshalb können steuerpolitische Beschlüsse der EU nur einstimmig gefasst werden. Die Erhebung von Steuern ist ein Privileg der Mitgliedstaaten. Das soll auch so bleiben!" [S. 40]
	AfD: "Steuern, insbesondere solche, die ausschließlich zur Finanzierung des EU-Haushalts dienen, lehnen wir ab. [...] Jede Kompetenz der EU zur Besteuerung befeuert den Drang der EU, zu einem selbständigen Staat zu werden. Wir lehnen daher mit aller Entschiedenheit die Vorschläge ab, das Eigenmittelsystem der EU so zu reformieren, dass die EU Zugang zu den von den Beiträgen der Mitgliedstaaten unabhängigen Finanzierungsquellen erhält. [...] Die AfD lehnt eine Ausweitung des EU-Haushaltes ab. Die durch die EU verhängten und vereinnahmten Strafen sind anteilig an die Mitgliedstaaten weiterzuleiten." [S. 23f.]

Einstimmigkeit in Steuerfragen abschaffen					
SPD: "Der Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze muss aufhören. Damit Europa in Steuerfragen gerechter wird, soll künftig die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs im europäischen Rat entscheiden. Die Lähmung durch einzelne Mitgliedstaaten die nur ihre Pfründe sichern wollen, muss aufhören." [S. 7]					
Union: -					
B90/DieGrünen: "Die Einstimmigkeit in Steuerfragen verhindert, dass die EU gegen Steuervermeidung vorgeht. Ein einzelnes Land, das das Geschäftsmodell Steuersumpf betreibt, kann Fortschritte verhindern. Um diese Blockade aufzubrechen, müssen andere Mitgliedstaaten vorangehen, damit sich die Verlagerung von Gewinnen für die Unternehmen nicht mehr lohnt. Damit wird das Geschäftsmodell auch für die Staaten unattraktiv." [S. 60]					
DieLinke: -					
FDP: "Ein Europa, das rechnen kann – auch bei den Steuern. Deshalb können steuerpolitische Beschlüsse der EU nur einstimmig gefasst werden. Die Erhebung von Steuern ist ein Privileg der Mitgliedstaaten. Das soll auch so bleiben!" [S. 49]					
aFD: -					

Europäische Mindeststeuersatz					
SPD: "Wir müssen ein Mindestniveau der Besteuerung vereinbaren und so sicherstellen, dass alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben leisten. Damit ziehen wir eine untere Grenze ein, um den Steuerwettbewerb nach unten zu unterbinden." [S. 7]					
CDU/CSU: -					
B90/DieGrünen: "Wer europaweit verkaufen darf, muss auch europaweit gleichwertig besteuert werden. Deshalb ist eine einheitliche Unternehmensbesteuerung die logische Fortsetzung des Binnenmarktes. [...] in einem ersten Schritt [wollen wir] eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen im Binnenmarkt. [...] Es soll einen europäischen Mindeststeuersatz für alle Unternehmensgewinne geben." [S. 65f.]					
DieLinke: "– DIE LINKE fordert einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitlichen Bemessungsgrundlagen." [S. 62]					
FDP: "Hingegen [der konsolidierten. Körperschaftssteuer] lehnen wir die Festsetzung von Mindeststeuersätzen innerhalb der EU ebenso ab wie die Zulässigkeit sogenannter Tax-Deals, mit denen große Unternehmen die Höhe ihrer eigenen Besteuerung mit den Behörden eines Mitgliedstaats individuell aushandeln können." [S. 40]					
AfD: "Eine EU-getriebene Harmonisierung von Unternehmenssteuern sowohl bei der Bemessungsgrundlage wie auch bei den Steuersätzen lehnen wir ab." [S. 24]					

Europäische Unternehmenssteuer						
SPD: -						
CDU/CSU:-						
B90/DieGrünen: "[...] Im zweiten Schritt soll dann zeitnah die europäische Unternehmenssteuer folgen, damit es endlich eine echte europäische Einnahmequelle gibt. Ein Teil der Einnahmen aus dem Mindeststeuersatz soll direkt in den Haushalt fließen. Die Mitgliedstaaten können und sollen Steuersätze festlegen, die über dem Mindeststeuersatz liegen. Die Einnahmen daraus fließen in ihre nationalen bzw. kommunalen Haushalte." [S. 66.]						
DieLinke: -						
FDP: "Die Zuweisung eigener Steuern an die europäische Ebene oder die Einführung von EU-Steuern lehnen wir hingegen ab." [S. 41]						
AfD: "Als solche Finanzierungsquellen werden derzeit Plastiksteuern, Dieselsteuern, Erträge aus dem Emissionshandel, Unternehmenssteuern, Finanztransaktionssteuern oder gar die Seigniorage-Gewinne der EZB genannt. Die EU darf niemals Steuern erheben dürfen. Die AfD fordert umfangreiche Ausgabenkürzungen statt ein überflüssiges EU-Finanzministerium." [S. 23]						

Europäische Digitalsteuer						
SPD: "Auch die digitalen Unternehmen müssen ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Diese sind weltweit aktiv und verschieben ihre Gewinne häufig in Niedrigsteuerländer. Das wollen wir beenden und bis Ende 2020 eine globale Mindestbesteuerung der digitalen Unternehmen einführen. Gleichzeitig treiben wir eine europäische Lösung voran – für den Fall, dass die internationale Lösung nicht zu erreichen ist." [S. 7]	Union: "Es kann nicht sein, dass sich globale Konzerne durch geschickte Strategien um Steuerzahlungen drücken. Wir brauchen eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Alle Unternehmen sollen Steuern zahlen. Dabei setzen wir uns in der EU und international weiterhin für abgestimmte Lösungen auf Basis einer virtuellen Betriebsstätte ein." [S. 11]					
B90/DieGrünen: "Die Europäische Union soll dort besteuern, wo sie eine faire Besteuerung besser sicherstellen kann als die Mitgliedstaaten. Dies betrifft die Besteuerung von international tätigen Unternehmen, deren Wertschöpfung häufig immateriell ist und sich keinem Land zuordnen lässt. So schaffen es diese Unternehmen oft, sich der Besteuerung ganz zu entziehen. Wir wollen eine am Umsatz orientierte europäische Digitalsteuer rasch einführen, um das Steuerdumping digitaler Konzerne zu unterbinden." [S. 52f.]	DieLinke: "Abschreibungsregeln für immaterielle Vermögenswerte und Steuergutschriften für Forschungsausgaben müssen europaweit soweit angeglichen werden, dass Digitalunternehmen Steuern in selber Höhe zahlen, wie die anderen Unternehmen. Profite müssen in den Ländern besteuert werden, in denen die Nutzer der Digitaldienste sie nutzen (virtuelle Betriebsstätte). Die Bundesregierung darf die Einführung einer Digitalsteuer als Zwischenschritt zur einheitlichen Besteuerung nicht weiter behindern. Der vorgeschlagene Steuersatz von drei Prozent ist zu gering. Die Höhe des Steuersatzes muss sich am Unterschied der durchschnittlichen Besteuerung von Firmen zu der von Internetkonzernen bemessen." [S. 62]					
FDP: "Überlegungen wie die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Digitalsteuer als eine Art zweite Umsatzsteuer stoßen bei uns auf Ablehnung. [...] Vielmehr sollte die Diskussion über eine angemessene Besteuerung der digitalen Wirtschaft auf OECD-/G20-Ebene fortgeführt werden." [S. 40]	AfD: "Als solche Finanzierungsquellen werden derzeit Plastiksteuern, Dieselsteuern, Erträge aus dem Emissionshandel, Unternehmenssteuern, Finanztransaktionssteuern oder gar die Seigniorage-Gewinne der EZB genannt. Die EU darf niemals Steuern erheben dürfen." [S. 23]					

Handelspolitik	
Handelspolitische Grundsätze	
	SPD: "Ein fairer offener Welthandel ist die Grundlage für eine gerechte Verteilung des Wohlstands. Er ist auch Garant für Frieden, Stabilität und Grundlage funktionierender Staatlichkeit. Europa muss treibende Kraft sein, die Verflechtung des Welthandels sozial, ökologisch und transparent zu gestalten." [S. 65]
	Union: "Freihandel und Globalisierung sind Wachstums- und Wohlstandstreiber. Sie eröffnen unseren Unternehmen zusätzliche Absatzmärkte und tragen bei, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Grundlage für freien Handel sind offene Märkte und faire Regeln. Protektionismus und Abschottung erteilen wir eine klare Absage. Wir wollen effektive und regelbasierte Partnerschaften." [S. 9]
	B90/DieGrünen: "Der offene Welthandel soll fair, ökologisch und gerecht gestaltet sein und Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellen. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass die Europäische Union eine führende Rolle bei der sozialökologischen Regulierung des Welthandels einnimmt." [S. 147]
	DieLinke: "Hunderttausende Menschen sind aus Protest gegen TTIP, TISA und ähnliche Freihandelsabkommen auf die Straße gegangen, auch DIE LINKE. Sie unterwerfen zentrale Bereiche des Lebens Markt und Wettbewerb und schränken demokratische Entscheidungsmöglichkeiten ein. Über Handelsabkommen der Europäischen Union mit anderen Regionen oder Ländern entscheiden inzwischen nur noch das Europäische Parlament und der Rat der Regierungen der Mitgliedstaaten. Wir werden den Widerstand gegen Abkommen, wie TTIP, und gegen Sondergerichte für Investoren ins Europaparlament tragen und uns für gerechte und nachhaltige Handelsbeziehungen einsetzen." [S. 72]
	FDP: "Beim Freihandel, den wir gegen zunehmenden Protektionismus in der Welt, gerade auch von Populisten, verteidigen müssen. Denn freier Handel bringt allen, die daran beteiligt sind, mehr Wohlstand, in welchem Land auch immer. Auf Augenhöhe mit den USA, Russland oder China verhandelt Europa aber nur, wenn es mit einer Stimme spricht." [S. 3]
	AfD: "Die EU soll eine Außenwirtschaftspolitik betreiben, die sich an den Interessen der Mitgliedsstaaten ausrichtet. Dazu gehört vor allem, dass die EU sich weiterhin für den Freihandel und offene Märkte einsetzt. Protektionistischen Bestrebungen ist entgegenzuwirken. Importbeschränkungen der EU, insbesondere im nichttarifären Bereich, sind abzubauen. Exportsubventionen sind schrittweise zu streichen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Da nicht alle Branchen gleichermaßen vom Freihandel und der Globalisierung profitieren, sollen gegebenenfalls innereuropäische oder nationale Ausgleichsmaßnahmen ergriffen werden." [S. 21]

Freihandelsabkommen stärken						
SPD: "Handelsabkommen mit verbindlichen menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Standards. Die Europäische Union VIII. Friedensmacht Europa stärken muss ihren internationalen Handelspartnern auf Augenhöhe begegnen und mit ihrer Handelspolitik zu beiderseitigem Vorteil sowie wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung beitragen." [S. 65f.]						
CDU/CSU: "Zudem wollen wir weitere moderne und transparente Handelsabkommen mit Partnern wie Australien, Neuseeland, Vietnam und den Mercosur-Staaten zum Abschluss bringen und fertig verhandelte Abkommen, wie z. B. mit Kanada, Japan und Singapur, umsetzen." [S. 9]						
B90/DieGrünen: "Die Errichtung einer neuen globalen Welthandelsordnung wird Zeit brauchen. Daher können für den Übergang auch Abkommen zwischen einzelnen Staaten und Wirtschaftsräumen sinnvoll sein. An diese Abkommen legen wir aber harte Kriterien an. Sie dürfen nicht zulasten Dritter gehen. Sie müssen demokratisch und transparent zustande kommen. Das Europaparlament muss über das Mandat mitbestimmen, und mehr Verhandlungsdokumente sollen öffentlich sein." [S. 147]						
DieLinke: "– DIE LINKE will mit Abkommen über Partnerschaft und fairen Handel die globalen Wirtschaftsbeziehungen der Europäischen Union neu ausrichten und die bestehenden Handelsabkommen ersetzen." [S. 72]						
FDP: "Alle Abkommen müssen in transparenten Verfahren unter Einbeziehung von Wirtschaftsvertretern verhandelt und durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Investitionsabkommen, die die Rechte der europäischen Unternehmen schützen, sollen von der EU ausgehandelt werden. Dabei lehnt die AfD die Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten auf private Schiedsgerichte ab." [S. 21]						
AfD: "Freihandel ist die wirksamste und unbürokratischste Form der Entwicklungshilfe. Deshalb muss die EU ihre Märkte für Güter und Dienstleistungen der Entwicklungsländer öffnen und die Ausfuhr von subventionierten Produkten in die Entwicklungsländer beenden." [S. 20] "Die EU soll eine Außenwirtschaftspolitik betreiben, die sich an den Interessen der Mitgliedsstaaten ausrichtet. Dazu gehört vor allem, dass die EU sich weiterhin für den Freihandel und offene Märkte einsetzt." [S. 21]						

WTO stärken						
SPD: "Internationale Regeln stärken. Wir werden weiterhin für ein gerechtes internationales Regelwerk im Rahmen der Welthandelsorganisation und von Handelsverträgen arbeiten, damit weltweit dem Recht Geltung verschafft wird und nicht das Recht des Stärkeren die Oberhand gewinnt." [S. 65]						
CDU/CSU: "schaffen. Grundlage für freien Handel sind offene Märkte und faire Regeln. Protektionismus und Abschottung erteilen wir eine klare Absage. Wir wollen effektive und regelbasierte Partnerschaften. Dafür gibt die Welthandelsorganisation gemeinsame Regeln und Leitplanken vor. Wir streben eine neue Verhandlungsrunde in der Welthandelsorganisation an, um international Handelshemmnisse weiter abzubauen." [S. 9]						
B90/DieGrünen: "In einer echten globalen Partnerschaft dürfen nicht nur die wirtschaftlich Stärksten entscheiden. Deswegen fordern wir die Wiederbelebung der Verhandlungen im Rahmen der WTO. Dazu sollte die EU einen Vorschlag vorlegen, der die WTO und das Welthandelssystem reformiert und neu belebt und langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen stellt." [S. 147]						
DieLinke: "DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Europäische Union für eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO) eintritt, damit Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität nicht länger durch das Dogma des Freihandels verhindert werden." [S. 73]						
FDP: "Diesen Weg wollen wir fortsetzen, und zwar im Rahmen des multilateralen Regelwerks der Welt-handelsorganisation (WTO), das sich bewährt hat. Nationale Alleingänge und Willkürzölle lehnen wir ab. Wir treten diesem Trend entschieden entgegen – durch Verteidigung der liberalen Regeln der Welt-handelsorganisation. Dazu gehört auch, dass die Europäische Union gegen allfällige Verletzungen dieser Regeln klagen und verklagt werden kann, und nach Autorisierung durch die WTO – als Ultima Ratio – angemessene Gegenmaßnahmen ergreift. Außerdem wollen wir die WTO als zentralen Ort zur Schaffung eines fairen und regelbasierten globalen Welthandelssystems mit einem effektiven System der Streitbeilegung stärken." [S. 26]						
AfD: "Handelsvereinbarungen sind vorzugsweise im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) abzuschließen, da sie dann den größten Nutzen für alle Beteiligten erbringen. Unsere Standards bei Verbraucher- & Umweltschutz und im Sozialbereich sind dabei zu erhalten. Alle Abkommen müssen in transparenten Verfahren unter Einbeziehung von Wirtschaftsvertretern verhandelt und durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Investitionsabkommen, die die Rechte der europäischen Unternehmen schützen, sollen von der EU ausgehandelt werden. Dabei lehnt die AfD die Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten auf private Schiedsgerichte ab. Soweit die EU Handelssanktionen gegen Drittstaaten ergriffen hat, sind die Sanktionen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen. Andererseits soll die EU gegen ungerechtfertigte Handelsbeschränkungen von Drittstaaten angemessene Gegenmaßnahmen ergreifen und den Schutz geistigen Eigentums sowie die Gleichbehandlung von Unternehmen sichern." [S. 21]						

Bankenunion						
SPD: "Den Euro stark halten und Mitgliedsstaaten früher und entschlossener helfen, wenn sie unverschuldet in eine Krise zu rutschen drohen. Dafür werden wir den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickeln, damit er künftig früher helfen kann und nicht erst, wenn die Krise da ist, mit hohen politischen, ökonomischen und sozialen Kosten." [S. 9]						
CDU/CSU: "Wir wollen die Bankenunion und die Kapitalmarktunion unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln. Dabei müssen bestehende Risiken im Bankensystem zunächst zwingend reduziert werden. Insbesondere sollen Staatsanleihen nicht mehr als risikolos gelten und von Banken – genauso wie andere Anlageformen – mit Eigenkapital unterlegt werden müssen. Bankenrettungen aus Steuermitteln lehnen wir ab." [S. 10]						
B90/DieGrünen: "Ein krisenfester Euro bedeutet auch, dass keine Bank mehr die Stabilität unserer gemeinsamen Währung gefährden können darf. [...] Erstens dürfen Banken nicht mehr zulasten der Steuerzahler gerettet werden. Dafür braucht der gemeinsame Abwicklungsfonds eine Letztsicherung über den Europäischen Währungsfonds. Zweitens muss ein Euro überall gleich sicher sein [...]. Deshalb brauchen wir eine gemeinsame europäische Einlagensicherung. Sie soll als Rückversicherung ausgestaltet sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert ist." [S. 62f.]						
DieLinke: -						
FDP: "Wir Freie Demokraten wollen die Bankenunion marktwirtschaftlich gestalten. [...] Die europäische Aufsicht soll sich stärker als bisher um wirklich systemrelevante Banken kümmern. Interessenkonflikte in der EZB, die zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht bestehen, müssen identifiziert und abgebaut werden. Ferner wollen wir das marktwirtschaftliche Prinzip „Bankenabwicklung statt Bankenrettung“ konsequent umsetzen. Dazu müssen Schlupflöcher aus dem Abwicklungsregime geschlossen, eine umfangreichere Haftung der Investoren und Gläubiger (durch sogenannten Bail-in) sichergestellt und die Abwicklungsbehörde organisatorisch gestärkt werden." [S. 43]						
AfD: "Die AfD verlangt, dass die deutschen Banken etwaige Haftungen nur auf die nationale Ebene begrenzen und wie bisher eigene Haftungs- und Einlagensicherungs-Verbundlösungen schaffen können, die den unterschiedlichen Profilen der deutschen Bankengruppen Rechnung tragen. [...] Die AfD wendet sich gegen jeden Versuch einer europäischen Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken, insbesondere aus Bankgeschäften. Die AfD verlangt, die Haftung deutscher Banken für andere EU-Banken weiterhin auszuschließen." [S. 33]						

Insolvenzmechanismus für Eurostaaten					
SPD: -					
CDU/CSU: "Solide Staatsfinanzen sind ein Garant für einen handlungsfähigen Staat sowie für eine starke und stabile EU. [...] Verstöße gegen die Stabilitätskriterien müssen Konsequenzen haben. Wir wollen deshalb Ermessensspielräume beim Defizitverfahren einschränken und mehr Sanktionsmöglichkeiten für unser Europa schaffen. Im Notfall muss eine Insolvenzordnung für Euro-Staaten greifen." [S. 10]					
B90/DieGrünen: -					
DieLinke: -					
FDP: "Um die Verantwortung der privaten Geldgeber zu stärken, wollen wir einen Insolvenzmechanismus für Staaten einführen: Bevor an ein Mitglied der Eurozone öffentliche Mittel aus dem EWF fließen, muss es künftig eine Beteiligung der privaten Gläubiger dieses Staates an den Stabilisierungslasten geben, zumindest in Form einer Laufzeitverlängerung der jeweiligen Staatsanleihen." [S. 41]					
AfD: -					

Gleichstellung und Antidiskriminierung

Gleichstellungspolitik

<i>Gleichstellungspolitik</i>
Grundsätze Gleichstellung u. Antidiskriminierung
SPD: "Denn unser Ziel bleibt eine aktive Gleichstellungspolitik, die Wahrung der Frauenrechte und die Beseitigung struktureller Diskriminierung. Jede Frau hat ein Anrecht auf gesundheitliche Vorsorge, medizinische Information und sexuelle Aufklärung, auf Zugang zu Verhütung und auf eine gute, zeitgemäße medizinische Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt. Keine Frau darf gezwungen werden, gegen ihren Willen ein Kind auszutragen. Die Gleichstellung gehört zu den Grundwerten der Europäischen Union und zum Grundpfeiler der europäischen Identität." [S. 33]
Union: "Dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen wollen wir besondere Aufmerksamkeit widmen. Denn eine konsequente Gleichstellungspolitik gehört zu unserem europäischen Verständnis. Unser Europa steht für Vielfalt nach innen und Geschlossenheit nach außen." [S. 19]
B90/DieGrünen: "Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle gesellschaftlichen Bereiche gestalten können. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Selbstbestimmung sind lange Zeit durch Vorgaben aus Europa gestärkt und befördert worden. Dennoch ist noch einiges zu tun, um Europa zu einem Kontinent der wirklichen Gleichberechtigung zu machen." [S. 98]
DieLinke: "Wir unterstützen den Kampf für gleiche Rechte, sexuelle Selbstbestimmung, gegen Sexismus – und für soziale Gleichheit. Wir stehen für einen »Feminismus der 99 Prozent«, der Gleichheit und Emanzipation für alle Frauen erkämpfen, die Lebensbedingungen aller Frauen verbessern, und die Gesellschaft demokratischer gestalten will. Das geht nur im Konflikt mit den Reichen und Mächtigen und dem Anti-Feminismus von rechts." [S. 85]
FDP: "Wir Freie Demokraten, wollen, dass Frauenrechte europaweit gefördert und durchgesetzt werden. Um die Ausgangslage auch in Zukunft zu dokumentieren und die Entwicklungen besser überwachen zu können, soll neben der Fortführung auch die thematische Erweiterung des jährlichen Berichts der EU-Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU beschlossen werden. [...] Darüber hinaus bekennen wir uns zur Gleichberechtigung der Geschlechter in Europa. [...] Um Diskriminierung von Frauen im öffentlichen und privaten Bereich zu verhindern, ist Rechtssetzung formal ausreichend. Die Einschränkung der selbstbestimmten Entfaltung von Frauen durch antiquierte Geschlechterbilder und überholte Rollenzuweisungen hingegen müssen konkret in allen Lebensbereichen hinterfragt, reflektiert und diskutiert werden, um sie zu verändern." [S. 47]
AfD: "Wir streben Chancengleichheit für Frauen und Männer an, lehnen aber die Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen ab." [S. 65]

Gender-Pay-Gap / Lohndiskriminierung					
SPD: "Das Prinzip des gleichen Lohns für die gleiche und gleichwertige Arbeit muss auch zwischen den Geschlechtern gelten. [...] Schließen der Lohn- und Rentenlücke durch Vereinbarung verbindlicher Ziele und ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz, das die Einhaltung überwacht und Verstöße sanktioniert." [S. 34]					
Union: -					
B90/DieGrünen: "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit Immer noch haben Frauen durchschnittlich weniger Geld und damit weniger Macht als Männer. [...] In Deutschland klaffen die Löhne weiter auseinander als in allen anderen europäischen Staaten. [...] Um das zu ändern, fordern wir eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die Vergleichbarkeit von Tätigkeiten festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für alle schafft. Für betroffene von Diskriminierung fordern wir die Möglichkeit, mit der Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können." [S. 99]					
DieLinke: "Wir wollen europaweit die Lohndiskriminierung von Frauen überwinden. Europaweit muss gelten: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit." [S. 85]					
FDP: -					
AfD: -					

Vereinbarkeit zw. Familie und Beruf						
SPD: "Konsequente Umsetzung der EU-Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unser Ziel bleibt der echte Mentalitätswechsel, damit auch Pflege-, Haus-, und Betreuungsarbeit künftig partnerschaftlich und gerechter aufgeteilt werden. Dies wird auch dazu beitragen, die bestehende Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen, damit Frauen und Männer zu gleichen Teilen am Erwerbsleben teilhaben und in allen Bereichen vertreten sind. [...] Männern und Frauen muss es möglich sein, flexible Arbeitszeiten zu beantragen, um auf Änderungen in ihrer Lebenssituation zu reagieren." [S. 34]						
Union: "Wir wollen insbesondere dazu beitragen, dass Männer und Frauen Familie und Beruf besser vereinbaren können." [S. 3]						
B90/DieGrünen: "Mit einer starken Vereinbarkeitsrichtlinie kann Europa Familien unterstützen. Für uns GRÜNE ist sie ein wichtiges Instrument der Arbeitszeitpolitik, um Familien zu entlasten und einen ausgewogenen Mix aus Erwerbs- und Familienarbeit sowie Freizeit und ehrenamtlichem Engagement zu ermöglichen." [S. 99]						
DieLinke: "Mit dem neuen Normalarbeitsverhältnis können die Beschäftigten die Arbeitszeit selbstbestimmt gestalten, mit Arbeitszeiten zwischen 22 und 35 Stunden pro Woche. Alle Beschäftigten erhalten das Recht auf 22 Stunden pro Woche in ihrem Arbeitsvertrag. Das ermöglicht Frauen und Männer, gleichberechtigt am Erwerbsleben teilzunehmen und Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeiten zu gleichen Teilen zu schultern." [S. 51]						
FDP: -						
AfD: "Familien sollten ihre Angelegenheiten am besten selbständig und eigenverantwortlich regeln. Nur wenn dies nicht gelingt, ist Hilfe zur Selbsthilfe auf ausschließlich nationalstaatlicher Ebene zu leisten. Die EU ist nicht für Familienpolitik und Familien zuständig und darf daher nicht in Familien hineinregieren, ihren Lebensentwurf beeinflussen oder gar konkret durch Quoten steuern." [S. 66]						

Gewalt gegen Frauen bekämpfen						
SPD: "Eine verbindliche Strategie samt EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen wird eingeführt. Wir machen uns für eine flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern in ganz Europa stark und vereinbaren Standards, die sie erfüllen müssen." [S. 38]						
Union: -						
B90/DieGrünen: "Dafür fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele vorgibt, damit Frauen und Mädchen – unter anderem auch in den EU-Ländern, die die Konvention noch nicht ratifiziert haben – besser geschützt werden und Verletzungen sanktioniert und vor dem Europäischen Gerichtshof eingeklagt werden können. Die EU sollte bestehende Förderprogramme für Hilfs- und Beratungsangebote aufstocken, damit etwa Hilfsstrukturen ausreichend finanziert sind. Der Einsatz gegen Gewalt an Frauen umfasst für uns auch den Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung, sowohl inner- als auch außerhalb Europas." [S. 100]						
DieLinke: "– Traumatisierte, geschundene, vergewaltigte Frauen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten müssen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgenommen und betreut werden. – Wir wollen eine bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für geflüchtete Frauen und ihre Kinder sowie für Lesben, Schwule und Trans* Menschen. Das Personal in den Unterkünften muss entsprechend besser geschult werden. Initiativen geflüchteter Frauen, Lesben, Schwulen, Trans* und intergeschlechtlichen wollen wir stärken." [S. 86]						
FDP: -						
AfD: -						

Gleiche Rechte für LGBTIQ							
SPD: "Eine ehrgeizige EU-Gesetzgebungsagenda, die gleiche Rechte und Chancen garantiert und die LGBTIQ-Rechte in allen Bereichen schützt. Damit soll auch ein Gegengewicht gegen „Anti-Propaganda“-Gesetze in einzelnen Mitgliedsstaaten gesetzt werden, die Diskriminierung und Hass gegen LGBTIQ-Menschen befördern." [S. 36f.]							
Union: -							
B90/DieGrünen: "Dafür fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele vorgibt, damit Frauen und Mädchen – unter anderem auch in den EU-Ländern, die die Konvention noch nicht ratifiziert haben – besser geschützt werden und Verletzungen sanktioniert und vor dem Europäischen Gerichtshof eingeklagt werden können. Die EU sollte bestehende Förderprogramme für Hilfs- und Beratungsangebote aufstocken, damit etwa Hilfsstrukturen ausreichend finanziert sind. Der Einsatz gegen Gewalt an Frauen umfasst für uns auch den Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung, sowohl inner- als auch außerhalb Europas." [S. 100]							
DieLinke: "– Traumatisierte, geschundene, vergewaltigte Frauen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten müssen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgenommen und betreut werden. – Wir wollen eine bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für geflüchtete Frauen und ihre Kinder sowie für Lesben, Schwule und Trans* Menschen. Das Personal in den Unterkünften muss entsprechend besser geschult werden. Initiativen geflüchteter Frauen, Lesben, Schwulen, Trans* und intergeschlechtlichen wollen wir stärken." [S. 86]							
FDP: "Der Schutz von Minderheiten ist innerhalb einer demokratischen Gemeinschaft Voraussetzung und Anliegen des Rechtsstaats. Grundrechte stehen nicht zur beliebigen Disposition von Mehrheiten, auch nicht von demokratisch gewählten Mehrheiten. [...] Die EU muss insgesamt ein Raum sein, in dem Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität ausgeschlossen ist. Auch für Beitrittskandidaten darf es keinen Rabatt bei der Achtung der Bürgerrechte von LGBTI geben. Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund Rassismus gelten, müssen künftig auch Homophobie und andere Diskriminierung umfassen." [S. 47]							
AfD: -							

Reproduktive Rechte stärken					
SPD: "Eine ehrgeizige EU-Gesetzgebungsagenda, die gleiche Rechte und Chancen garantiert und die LGBTIQ-Rechte in allen Bereichen schützt. Damit soll auch ein Gegengewicht gegen „Anti-Propaganda“-Gesetze in einzelnen Mitgliedsstaaten gesetzt werden, die Diskriminierung und Hass gegen LSBTIQ-Menschen befördern." [S. 36f.]					
Union: -					
B90/DieGrünen: "Wir kämpfen in ganz Europa für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen Körper und ihre Sexualität. Solidarisch stehen wir an der Seite all derjenigen, die – wie in Polen – gegen rechtskonservative Kräfte kämpfen, die legale Schwangerschaftsabbrüche massiv einschränken oder gar abschaffen wollen. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, selbstbestimmte Familienplanung und Zugang zu sicherer Verhütung muss für alle sichergestellt sein und darf insbesondere nicht von den finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Deshalb wollen wir den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln stärken." [S. 99f.]					
DieLinke: "Reproduktive Rechte stärken: In Irland und Polen gab es erfolgreiche Bewegungen gegen die Einschränkung des Abtreibungsrechts. Der Kampf um reproduktive Rechte muss in ganz Europa geführt werden. Auch in Deutschland ist noch viel zu tun, wie etwa der Prozess gegen die Ärztin Kristina Hänel gezeigt hat. Wir fordern die Streichung der Paragraphen 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch." [S. 86]					
FDP: -					
AfD: -					

Klima und Nachhaltigkeit

Umwelt- und Klimapolitik

<i>Klimapolitik</i>
Klimapolitische Grundsätze
SPD: -
Union: "Unser Europa setzt auf intelligenten technischen Fortschritt. Unser Ziel ist ein qualitatives, ressourcenschonendes Wachstum. Wir verbinden Ökonomie und Ökologie, um für zukünftige Generationen eine intakte Umwelt und gute Lebensqualität zu sichern.[...] Wir wollen die globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 in Europa umsetzen. [...] Unser Europa setzt daher auf ein Industriekonzept mit stimmigem ökologischem Ansatz. Hierfür stehen beispielhaft funktionierende Wertstoffkreisläufe." [S. 5] "Unser Europa ist lebenswert. Und das soll auch für unsere Kinder und Enkelkinder so bleiben. Deshalb sind für unser Europa die Bewahrung der Schöpfung, die Erhaltung der Artenvielfalt und damit auch der Kampf gegen den Klimawandel zentrale Anliegen." [S. 5]
B90/DieGrünen: -
DieLinke: -
FDP: "Durch die Chancen der Innovation können wir Klimapolitik neu denken. Denn Technologieoffenheit und Wettbewerb bieten Potential für die besten Lösungen. Um Chancen nutzen zu können, brauchen wir aber auch ein gesundes Wirtschaftswachstum, das wir künftig nachhaltig vom Treibhausgasausstoß entkoppeln wollen." [S. 35]
AfD: -

Klimawandel sozial verträglich entgegenwirken					
SPD: "Für ein sozialeres Europa spielt Umweltgerechtigkeit gerade im Hinblick auf die zunehmende soziale Polarisierung eine entscheidende Rolle: Die Erfolge im Umweltschutz müssen allen Menschen zugutekommen." [S. 23]					
CDU/CSU: -					
B90/DieGrünen: "Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker belasten als reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung an die Verbraucher*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als Pro-Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist, werden wir uns auf nationaler Ebene dafür einsetzen." [S. 19f.]					
DieLinke: "Der Einstieg in den Kohleausstieg muss europaweit mit Investitionshilfen und einer sozialen Abfederung des Strukturwandels verbunden werden. Kohlekraftwerke dürfen nicht über sogenannte »Kapazitätsmärkte« subventioniert werden. Dies muss in der europäischen Verordnung zum Strommarkt verboten werden. [...] Der Kohleausstieg darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. In Deutschland wollen wir aus Bundesmitteln 500 Millionen Euro bereitstellen, um den Strukturwandel in den Braunkohleregionen zu unterstützen und sozial abzusichern." [S. 64f.]					
FDP: -					
AfD: -					

Emissionshandel ausbauen / CO²-Preis					
SPD: "Dazu gehört das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, ebenso wie die Einführung eines CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind." [S. 23]					
Union: "Wir fordern die globale Bepreisung der Treibhausgasemissionen und deren rasche Umsetzung, notfalls zunächst auf Ebene der G20-Staaten." [S. 5]					
"Für die Wettbewerbsfähigkeit Europas, einen effizienten und wirksamen Klimaschutz und die bessere Verbreitung von „grünen Technologien“ muss sich Europa mit Nachdruck für eine international wirksame Bepreisung von Treibhausgasemissionen einsetzen." [S. 11]					
B90/DieGrünen: "Treibhausgase müssen einen Preis entsprechend ihrer Klimawirksamkeit bekommen. Dieser Preis besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei Komponenten: Für alle Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen [...] muss es einen deutlich steigenden Mindestpreis für CO₂-Emissionen geben, denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit, um nachhaltige Investitionsentscheidungen zu treffen. [...] Zusätzlich muss die Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel entsprechend dem Pariser Klimaziel weiter reduziert werden. Nur so entfaltet der CO₂-Preis eine echte Lenkungswirkung. Deutschland soll zunächst mit einigen EU-Staaten die Initiative ergreifen und in einer regionalen Staatengruppe einen gemeinsamen CO₂-Mindestpreis einführen; [...] Perspektivisch wollen wir eine gesamteuropäische Lösung vorantreiben." [S. 19f.]					
DieLinke: "Der Emissionshandel hat als zentrales Klimaschutzinstrument der EU komplett versagt. Auch nach seiner Reform wird es noch ein Jahrzehnt dauern, bis er relevante Wirkungen im Sinne des Klimaschutzes haben wird. Darum muss er ergänzt werden durch nationale Abschaltpläne für Kohlekraftwerke in Verbindung mit europäischen bzw. regionalen CO₂-Mindestpreisen bzw. Begrenzungen von Vollaststunden (Nutzungsgrad der Anlage) für jeweils verbliebene Meiler. Deutschland soll hier seine europäische Verantwortung wahrnehmen, indem es zunächst die 20 ältesten Braunkohlemeiler über 100 MW Leistung bis 2020 stilllegt und die verbleibenden Kohlekraftwerke drosselt. Zwischen 2030 und 2035 muss der letzte deutsche Kohlemeiler vom Netz." [S. 64]					
FDP: "Dazu müssen wir der zu reduzierenden Größe, der CO₂-Emission, einen fühlbaren Preis geben. Damit würden Investitionen in Vermeidung von CO₂-Emissionen unmittelbare wirtschaftliche Vorteile ergeben, sie würden sich rechnen. Ein solcher Preis für Emissionen müsste alle Sektoren einschließen, das heißt vom Strom über Wärme bis zu Mobilität und Transport. Die Reduzierung von CO₂-Emissionen im Bereich der Industrie muss über CO₂-mindernde Technologie vorangetrieben werden. Klimapolitik ist Standortpolitik. Der CO₂-Emissionspreis soll sich marktwirtschaftlich durch einen weltweit vereinbarten und stringent angelegten Emissions-handel (ETS) bilden." [S. 38]					
AfD: "Ferner lehnt die AfD alle EU-Maßnahmen ab, welche die Reduzierung von CO₂-Emissionen mit dem Schutz des Klimas begründen. Der Handel mit CO₂-Zertifikaten ist einzustellen, denn er bewirkt nur einen weiteren Anstieg der Energiepreise." [S. 79]					

Klimapass						
SPD: -						
Union: -						
B90/DieGrünen: "Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt, [...] Menschen [die klimabedingt fliehen] eine würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – innerhalb ihres Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa. Historisch betrachtet, sind die westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase. Daher soll die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und [...] Klimapässe anbieten." [S. 18]						
DieLinke: -						
FDP: -						
AfD: -						

Energiepolitik
Energiepolitische Grundsätze
SPD: "Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. [...] Um das Ziel des Pariser-Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgarneutralität [sic] bis 2050. Wir wollen weiterhin ambitionierte Schritte zur Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren." [S. 23]
CDU/CSU: "Wir wollen, dass Energie sicher, sauber und bezahlbar bleibt. Besonders wichtig ist uns der europaweite Ausbau emissionsarmer bzw. erneuerbarer Energien – nicht nur in einzelnen Ländern." [S. 11]
B90/DieGrünen: "Um das Ziel von 100 Prozent erneuerbarer Energie in Europa für 2050 zu erreichen, muss die Förderung von Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen Stromquellen auch auf europäischer Ebene [...] vorangetrieben werden. Damit die Energiewende europaweit gelingt, braucht es eine Erneuerbare-Energien-Union. Den Energiecharta-Vertrag, der Konzernen Sonderklagerechte einräumt und damit den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg aushebelt, wollen wir hingegen kündigen." [S. 18]
DieLinke: "Bis zum Jahr 2040 muss die Energieerzeugung vollständig aus erneuerbaren Quellen und hauptsächlich dezentral organisiert sein. Die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um mindestens 60 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, bis zum Jahr 2050 um 95 Prozent." [S. 64]
FDP: "Der Klimawandel betrifft nicht nur einzelne Staaten, sondern ist eine globale Herausforderung, die uns alle angeht. Dies erfordert eine Energie- und Klimapolitik aus einem Guss – auf europäischer und internationaler Ebene." [S. 35]
AfD: "Wir bezweifeln aus guten Gründen, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel, insbesondere die gegenwärtige Erwärmung, maßgeblich beeinflusst hat oder gar steuern könnte. Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg. Ohne CO₂, einem Hauptbestandteil der Photosynthese, gäbe es keine Pflanzen, Tiere oder Menschen. Nicht zuletzt durch den steigenden CO₂-Anteil in der Atmosphäre haben die Weltnahrungsernten signifikant zugenommen." [S. 79]

Strukturwandel sozial verträglich gestalten						
SPD: "Einen Fonds für faire Transformation auflegen: Wirtschaftszweige, in denen die Beschäftigten, Unternehmen und ganze Regionen vor einem tiefgreifenden Strukturwandel stehen, müssen europaweit durch industrie- und sozialpolitische Investitionen unterstützt werden." [S. 23]						
Union: "Damit sich die Anstrengungen des Strukturwandels auch in den europäischen Beihilferegeln widerspiegeln, setzen wir uns dafür ein, die europäischen Wettbewerbsregeln für die vom Ausstieg aus der Braunkohle unmittelbar betroffenen Regionen so anzuwenden, dass die Ansiedlung neuer Branchen und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt wird. Flexible Regeln für die betroffenen Regionen müssen möglich sein." [S. 4]						
B90/DieGrünen: "Bei diesem Strukturwandel müssen wir die Beschäftigten und die Regionen unterstützen, damit sie eine Perspektive haben. Mit den Mitteln der EU-Strukturfonds sollen „Kohleausstiegsregionen“ speziell gefördert werden. [...] Die Sozialpartner sollen ihre spezifischen Kompetenzen aktiv in den Prozess des Strukturwandels einbringen können." [S. 20]						
DieLinke: "Der Kohleausstieg darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. In Deutschland wollen wir aus Bundesmitteln 500 Millionen Euro bereitstellen, um den Strukturwandel in den Braunkohleregionen zu unterstützen und sozial abzusichern." [S. 64f.]						
FDP: -						
AfD: -						

Sicherheit und Frieden

Außen- und Sicherheitspolitik

Außenpolitik	
Außenpolitische Grundsätze	
SPD:	"Wir streben eine Europäische Souveränität an, die es Europa ermöglicht als aktiver Akteur auf der Weltbühne für seine Werte und Lebensweise einzustehen. Europa darf nicht zum Spielball anderer werden, es muss sein Schicksal stärker selbst in die Hand nehmen können." [S. 26]
CDU/CSU:	"Europa steht weltweit einzigartig für eine wertegeleitete Außenpolitik und für multilaterale Lösungen. Das gilt insbesondere im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organisationen." [S. 17]
B90/DieGrünen:	"Will die EU bei der Reduzierung von Instabilität, der Bekämpfung von massiven Menschenrechtsverletzungen und der Beendigung von Krisen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft und darüber hinaus eine Rolle spielen, müssen ihre Mitgliedstaaten im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik viel stärker kooperieren als bisher." [S. 121]
DieLinke:	"DIE LINKE stellt sich Militarisierung und Aufrüstung entgegen. Wir wollen eine Union der Abrüstung und Entmilitarisierung. Wir wollen eine friedliche Außen-, Entwicklungs-, und Menschenrechtspolitik, die auf Solidarität, Kooperation und Entspannung setzt und eine starke parlamentarischen Kontrolle." [S. 69]
FDP:	"Die Stimme eines einzelnen Staates verhallt international. Die EU-Staaten finden in der Welt nur gemeinsam Gehör. Nur mit einer gemeinsamen Stimme auf der internationalen Bühne ist die Europäische Union ein Akteur auf Augenhöhe." [S. 56]
AfD:	"Die AfD setzt sich für eine an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik ein. Richtschnur sind die realpolitischen Erfordernisse, nicht wirklichkeitsfremde Ideologien. Deshalb muss Deutschland eine Führungsrolle innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft verantwortungsbewusst annehmen." [S. 17]

Gem. Außen- und Sicherheitspol. (GASP)						
SPD: "Wir streben eine Europäische Souveränität an, die es Europa ermöglicht als aktiver Akteur auf der Weltbühne für seine Werte und Lebensweise einzustehen. Europa darf nicht zum Spielball anderer werden, es muss sein Schicksal stärker selbst in die Hand nehmen können. [...] Unsere EU-Außenpolitik basiert auf der Einhaltung der Menschenrechte mit einem besonderen Augenmerk auf Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter." [S. 26]						
CDU/CSU: "Wir wollen unsere zivilen und militärischen Kräfte im Rahmen des vernetzten Ansatzes bündeln, um eigenständig handlungsfähig zu bleiben. Unser Ansatz kombiniert die Mittel der Diplomatie, der Verteidigung und der Entwicklungszusammenarbeit für vorbeugende, friedensschaffende und friedenserhaltende Maßnahmen. [...] Unser Europa wird noch stärker eine verantwortungsvolle internationale Politik gestalten. Gemeinsam mit unseren Partnern arbeiten wir für den Erhalt einer regelbasierten Ordnung. Sicherheit und Stabilität in Partnerschaft: Das leitet uns auch künftig." [S. 16]						
B90/DieGrünen: "Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für Menschenrechte stark macht und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die nur auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht." [S. 122]						
DieLinke: "DIE LINKE stellt sich Militarisierung und Aufrüstung entgegen. Wir wollen eine Union der Abrüstung und Entmilitarisierung. Wir wollen eine friedliche Außen-, Entwicklungs-, und Menschenrechtspolitik, die auf Solidarität, Kooperation und Entspannung setzt und eine starke parlamentarischen Kontrolle." [S. 69]						
FDP: "Doch die Europäische Union (EU) kann ihre Kraft nur ganz entfalten, wenn sie mit einer Stimme spricht. Nur wenn sie international handlungsfähig und durchsetzungsstark ist, kann sie unsere Werte und Interessen schützen und für sie weltweit eintreten. In Fragen der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik muss die EU deshalb zu einem Global Player werden. Dabei steht für uns Freie Demokraten der Einsatz für Freiheit, Menschenrechte und Diplomatie immer an erster Stelle." [S. 56]						
AfD: "Die AfD lehnt die Vergemeinschaftung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und den europäischen Auswärtigen Dienst ab. Stattdessen treten wir für eine Intensivierung der zwischenstaatlichen Abstimmung innerhalb Europas ein." [S. 17]						

Einstimmigkeit in der ASP abschaffen						
SPD: "Das Einstimmigkeitsprinzip bei außenpolitischen Entscheidungen wird abgeschafft. Der Rat der europäischen Außenministerinnen und Außenminister soll mit Mehrheit entscheiden können. Es muss ein Ende haben, dass Mitgliedstaaten sich auseinanderdividieren lassen und sich Europa damit außenpolitisch lähmt." [S. 27]						
CDU/CSU: "Deshalb wollen wir auch in der Außen- und Sicherheitspolitik zu Mehrheitsentscheidungen kommen und das Einstimmigkeitsprinzip hinter uns lassen." [S. 17]						
B90/DieGrünen: "Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen einführen. Das betrifft hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Steuerpolitik." [S. 86]						
DieLinke: -						
FDP: "Wir Freie Demokraten wollen die Europäische Union in außen- und sicherheits-politischen Fragen entscheidungs- und damit handlungsfähiger machen und setzen uns für eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in Europa ein. Deswegen fordern wir mehr Mehrheitsentscheidungen in der GASP. Entscheidungen innerhalb der GASP, die nicht mit qualifizierter Mehrheit nach Artikel 31 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) gefällt werden, sollen künftig die Ausnahme bilden." [S. 57]						
AfD: "Die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip und die Einführung eines Mehrheitsprinzips ist mit unserer Vorstellung der Europäischen Union nicht vereinbar. Kein Land soll über ein anderes Land bestimmen. Das Mehrheitsprinzip hebt die Souveränität der Staaten auf." [S. 12]						

Sanktionen gegen Russland						
SPD: "Gerade auch in diesem Rahmen gilt es eine neue europäische Ostpolitik zu entwickeln. Trotz aller Rückschläge und Probleme im Verhältnis zu Russland ist klar: Dauerhafter Frieden in Europa ist nicht gegen, sondern nur mit Russland möglich. Deshalb ist es wichtig, trotz Differenzen im Dialog zu bleiben." [S. 28]						
CDU/CSU: "Ein außenpolitisch starkes Europa weist, wenn nötig, Aggressoren in die Schranken und macht sich nicht erpressbar. Daher setzen wir uns für eine europäische Energieunion ein und fordern gleichzeitig die Verlängerung der Russland-Sanktionen, bis die Minsker Vereinbarungen vollständig umgesetzt sind." [S. 17]						
B90/DieGrünen: "Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist im ureigenen Interesse Europas und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. [...] Für uns ist klar: Es darf keine Abstriche in unserem Eintreten für Demokratie und Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts geben. Die uneingeschränkte Gültigkeit der Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris sowie die Prinzipien der OSZE leiten unsere Politik gegenüber Russland. [...] Solange Russland gegen dieses verstößt, muss die EU die gezielten Sanktionen aufrechterhalten." [S. 130ff.]						
DieLinke: "Wir wollen eine neue, auf Entspannung orientierte Ostpolitik. Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit mit und nicht gegen Russland sein. Das muss die sicherheitspolitische Orientierung von europäischem und deutschem Handel werden. Militärmanöver oder Pläne zur Stationierung von Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte an. Wir lehnen sie ab. Die EU-Sanktionen gegen Russland müssen beendet werden." [S. 72]						
FDP: "Wir Freie Demokraten wollen ein unverzügliches Ende der Gewalt in der Ostukraine und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim sowie den Wiederaufbau von Vertrauen mit Russland. Für uns sind die Prinzipien des Völkerrechts und der Menschenrechte in der europäischen Friedensordnung, zu denen sich auch Russland bekannt hat, nicht verhandelbar. Daher stehen wir ausdrücklich zu den von der Europäischen Union (EU) verhängten Sanktionen. Im Fall einer weiteren militärischen Eskalation in der Ukraine muss die EU diese verschärfen, denn sie sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Wiederherstellung der Friedensordnung." [S. 58]						
AfD: "Die historischen und wirtschaftlichen Verbindungen mit Russland gebieten einen gegenseitigen Interessenausgleich, der dem Wohle aller europäischen Völker dient. Nur unter Einbeziehung Russlands ist eine stabile Friedensordnung in Europa denkbar. Die gegen Russland verhängten Sanktionen sehen wir als nicht zielführend an. Die AfD setzt sich für deren Abschaffung und eine Normalisierung der Beziehungen mit Russland ein. Wir befürworten eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und unterstützen die Erweiterung der bestehenden Gas-Pipeline in der Ostsee (Nord Stream 2) zwischen Russland und Deutschland unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit der mittelosteuropäischen Länder." [S. 18]						

Koop. mit d. Türkei / EU-Türkeibeitritt						
SPD: - CDU/CSU: "Unser Europa kennt zudem seine Grenzen. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU wird es mit uns nicht geben. Mit der Türkei werden wir statt eines Beitritts eine enge Partnerschaft vereinbaren." [S. 22] B90/DieGrünen: "Es braucht nun eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. [...] Für die europäische Ebene bedeutet das unter anderem: Über eine Ausweitung der Zollunion kann erst verhandelt werden, wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Alle Rüstungsexporte europäischer Mitgliedstaaten gehören beendet, ebenso wie die Beteiligung europäischer Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei. [...] Praktisch liegen die Beitrittsgespräche mit der Türkei bereits auf Eis. [...] Zugleich gilt: Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben. Ein formaler Abbruch der Beitrittsgespräche wäre falsch." [S. 134f.] DieLinke: - FDP: "Wir Freie Demokraten wollen die Beitrittsgespräche der Europäischen Union (EU) mit der Türkei in der bisherigen Form beenden und die Beziehungen mit der Türkei auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer, kultureller, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen. Denn eine von Präsident Erdogan zunehmend autoritär regierte Türkei kann für uns Freie Demokraten kein Kandidat für eine Mitgliedschaft in der EU sein. Grundlage hierfür sind und bleiben die Kopenhagener Kriterien." [S. 59] AfD: "Die Türkei gehört kulturell nicht zu Europa. Die AfD fordert den sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei und die Einstellung der finanziellen Heranführungshilfen." [S. 18] "Einen EU-Beitritt der Türkei lehnen wir ebenso strikt ab wie Visaerleichterungen oder gar Visafreiheit für türkische Staatsbürger." [S. 41]						

Kooperation mit China						
SPD: -						
CDU/CSU: "Nur gemeinsam können wir unsere Wertegemeinschaft und Lebensweise bewahren, Handelsauseinandersetzungen mit China gewinnen und unsere Sozialstandards behaupten." [S. 2]						
B90/DieGrünen: "Chinas heutige Führung, die im Inneren zum Totalitarismus zurückkehrt, befindet sich mit ihren Konzepten der „neuen Seidenstraße“, des „Made in China 2025“ und der „globalen Schicksalsgemeinschaft“ auf dem Weg zur globalen Supermacht, die Multilateralismus nur mitmacht, wo er ihr nutzt, und kritische Äußerungen von innen und außen rigoros sanktioniert. Die Europäische Union muss der chinesischen Herausforderung mit der Bereitschaft zur Kooperation – der Erhöhung der China-Kompetenz in der EU, etwa durch Ausbau der öffentlichen Forschungsförderung, und dem Ausbau von kulturellem und Jugendaustausch –, aber auch mit Klarheit in der Vertretung der eigenen Werte und Interessen und mit Selbstbewusstsein begegnen." [S. 136f.]						
DieLinke: -						
FDP: "Wir Freie Demokraten wollen die Zusammenarbeit mit China als neuer globaler Wirtschaftsmacht grundsätzlich stärken. Dort, wo jedoch chinesisches Handeln im deutlichen Widerspruch zu freiheitlichen Werten und Menschenrechten steht oder deutsche beziehungsweise europäische Interessen verletzt, wollen wir unsere liberalen Grundprinzipien und Interessen selbstbewusst verteidigen. [...] Deshalb ist für uns Freie Demokraten sowohl der Abschluss eines Investitionsschutzabkommens zwischen der Europäischen Union (EU) und China als auch die intensive Prüfung chinesischer Investitionen in der EU zum Schutz der europäischen Sicherheit, des fairen Wettbewerbs und der nachhaltigen Marktwirtschaftsentwicklung von außerordentlicher Bedeutung. Gleichzeitig wollen wir uns insbesondere im europäischen Verbund dafür einsetzen, dass China seine Abschottung reduziert, um weitere Bereiche der chinesischen Wirtschaft für Investitionen und Handel zugänglich zu machen." [S. 60f.]						
AfD: "Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontakte zu China wollen wir ausbauen, gleichzeitig aber eine gegenseitige Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen erreichen. Bis dahin muss der Erwerb europäischer Unternehmen durch chinesisch beherrschte Unternehmen mit den Mitteln des Wettbewerbs- und Kartellrechts kontrolliert, eingeschränkt und notfalls gestoppt werden. Damit treten wir dem Ausverkauf deutscher und europäischer Technologie entgegen." [S. 18]						

Verteidigungspolitik						
EU-Militär / Europ. Sicherheitsunion						
SPD: "Eine gemeinsame parlamentarisch kontrollierte europäische Armee. [...] Wir setzen auf europäische Synergie, die eine effektive Konzentration der Verteidigungskräfte ermöglicht und damit eine generelle Erhöhung der Rüstungsausgaben unnötig macht. Der Einsatz darf nur durch das Europäische Parlament genehmigt werden. Ein neu zu schaffender Verteidigungsausschuss im Europäischen Parlament sichert die Kontrollrechte der Abgeordneten und begleitet parlamentarisch den Prozess der Integration der europäischen Streitkräfte." [S. 28]						
CDU/CSU: "Unser Europa muss sich selbst verteidigen können. Wir bleiben transatlantisch und werden zugleich europäischer. Daher wird unser Europa gemeinsame europäische Streitkräfte bis 2030 in die Tat umsetzen. Dabei wollen wir die militärische Zusammenarbeit der nationalen Streitkräfte erheblich verbessern und stärker vernetzen. Hierfür wollen wir im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit die Kooperation der schon bereits bestehenden europäischen Armeeverbände ausbauen. Wir wollen mit Hilfe der Europäischen Rüstungsagentur und dem Europäischen Verteidigungsfonds gemeinsame Rüstungsprojekte und Rüstungsbeschaffung fördern." [S. 17]						
B90/DieGrünen: "Die NATO hat nach wie vor eine wichtige Bedeutung für die Sicherheit Europas. Doch auch angesichts der Spannungen und Konflikte im NATO-Bündnis ist es sinnvoll, die Sicherheit Europas stärker gemeinsam voranzutreiben. An der Vision einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung, die den Raum der OSZE umfasst, halten wir fest. In diesem Sinne wollen wir an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion arbeiten und die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausbauen, anstatt immer mehr Geld in nationale Rüstungssektoren zu pumpen. Den Aufbau einer europäischen Atomkraft lehnen wir ab. Genauso wenig wollen wir, dass Deutschland sich atomar bewaffnet oder sich unter" [S. 140f.]						
DieLinke: "Wir fordern die Auflösung der EU-Battlegroups. Die Verteidigungsagentur der EU wollen wir auflösen. Die »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« (PESCO), die eigenständige militärische Strukturen der EU bildet und Voraussetzungen für eine eigene europäische Armee schafft, wollen wir beenden. Die geplanten Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für Militärische Mobilität müssen gestrichen werden." [S. 70f.]						
FDP: "Wir Freie Demokraten wollen den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle zur eigenverantwortlichen Gewährleistung der Sicherheit in und für Europa. Dazu streben wir, ausgehend von einer gemeinsamen Strategieentwicklung, gemeinsamen Strukturen und einer gemeinsamen Streitkräfteplanung, schrittweise eine engere Verzahnung und den Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten der Streitkräfte der integrationswilligen Mitgliedsländer an. Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer zukünftigen Europäischen Armee." [S. 61]						
AfD: "Europa wird durch die NATO verteidigt. Deshalb lehnt die AfD die Schaffung einer europäischen Armee strikt ab, da diese über keine demokratische Legitimation verfügt und eine weitere Souveränitätsabgabe der europäischen Staaten bedeuten würde. [...] Über den Einsatz deutscher Streitkräfte darf weiterhin nur der Deutsche Bundestag entscheiden. Die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) als Vorstufe zu einer EU-Armee und Doppelstrukturen der EU (z.B. Battle Groups und zusätzliche EU-Stäbe) sowie einen europäischen Verteidigungsfonds und eine europäische „Friedensfazilität“ lehnen wir ab. Stattdessen fordert die AfD die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO, um hier Deutschlands Rolle und Einfluss zu erhöhen." [S. 19]						

OSZE stärken						
SPD: "Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stärken. Die OSZE wollen wir als Instrument der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung stärken und weiterentwickeln. Gerade auch in diesem Rahmen gilt es eine neue europäische Ostpolitik zu entwickeln. Trotz aller Rückschläge und Probleme im Verhältnis zu Russland ist klar: Dauerhafter Frieden in Europa ist nicht gegen, sondern nur mit Russland möglich. Deshalb ist es wichtig, trotz Differenzen im Dialog zu bleiben." [S. 28]						
CDU/CSU: -						
B90/DieGrünen: "Neben den Vereinten Nationen wollen wir auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken. [...] Wir fordern daher eine Stärkung des Hochkommissars für Nationale Minderheiten, des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit. Wir weisen jegliche Versuche von OSZE-Mitgliedern, die Geltung dieser menschlichen Dimension infrage zu stellen oder ihre Instrumente zu diskreditieren, zurück." [S. 127]						
DieLinke: "Die OSZE sollte mehr als ein Instrument zur Bearbeitung und Lösung regionaler Konflikte sein. Sie muss das zentrale Forum für eine gesamteuropäische, gemeinsame Sicherheitsarchitektur werden, die auf Abrüstung und politische Veränderung in Richtung kollektiver und strukturell nicht angriffsfähiger Verteidigungssysteme zielt." [S. 72]						
FDP: "Um diese Werte [Menschenrechte und individuelle Freiheit] auch über die Grenzen der EU hinaus vertreten zu können, wollen wir, dass die EU ihre enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Menschenrechtsinstitutionen des Europarates, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Vereinten Nationen vertieft." [S. 56]						
AfD: "Eine stabile Friedensordnung in Europa bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit sowohl mit den USA als auch mit Russland. Die legitimen Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten sind dabei zu berücksichtigen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist ein wesentliches Element der europäischen Friedensordnung." [S. 17]						

INF-Vertrag erneuern						
SPD: "Die Kündigung des INF-Abrüstungsabkommens ist ein schwerer Schlag für die internationale Rüstungskontrollpolitik und ein schlechtes Vorzeichen für die Sicherheit in der Welt. In den sechs Monaten der Suspendierung des Abkommens bis zu dessen endgültigem Aus wollen wir alles unternehmen, um Russland zu einer Rückkehr zur Vertragstreue zu bewegen und die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, zu dem Abkommen zurückzukehren." [S. 26]						
CDU/CSU: "In Bereichen gemeinsamer Interessen, beispielsweise bei der Abrüstung, der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen oder bei der Bekämpfung des Klimawandels, suchen wir die Zusammenarbeit mit Russland. Auch bei unterschiedlich gelagerten Interessen und Konflikten bleibt unser Europa im ständigen Gespräch, denn wir setzen immer zuallererst auf diplomatische Lösungen." [S. 17]						
B90/DieGrünen: "Der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland ist der wesentliche Pfeiler der internationalen Rüstungskontrolle und der europäischen Sicherheitsarchitektur. Die einseitige Aufkündigung dieses Vertrags durch die US-Regierung wäre fatal. [...] Denn so steigt die Gefahr eines weltweiten nuklearen Wettrüstens dramatisch an [...]. [...] Die EU muss jetzt alles dafür tun, dass der INF-Vertrag erhalten bleibt." [S. 139f.]						
DieLinke: "DIE LINKE fordert, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnet und sich dafür in der gesamten EU stark macht, mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone." [S. 71]						
FDP: "Raketenprogramms. Die drohende Aufkündigung des Washingtoner Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) durch die Trump-Administration berührt direkt europäische Interessen und würde einen nachhaltigen Verlust an Sicherheit für Europa bedeuten. Die EU muss deshalb gegenüber Washington für einen Verbleib im Vertrag werben und sich gegenüber Russland mit Nachdruck für eine Einhaltung des Vertrages und für mehr Transparenz mit Blick auf das russische Raketenprogramm einsetzen." [S. 63]						
AfD: -						

Rüstungskontrolle und Abrüstung						
SPD: "Das drohende Scheitern des INF-Abkommens deutet aber auch auf ein viel größeres Problem hin: immer mehr Staaten rüsten auf und wir haben keine ausreichenden internationalen Regelungen um Rüstungswettläufe zu verhindern. Vertragsgestützte Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung müssen wieder in den Mittelpunkt unserer Politik gerückt werden. Wir wollen in der Rüstungskontrolle die bestehenden Abkommen erhalten und möglichst viele Staaten in neue Abkommen einbinden. [...] Unsere Position ist klar: Wir wollen keine neue Aufrüstungsspirale. Eine Stationierung nuklearer landgestützter Mittelstreckenwaffen in Europa kann nicht die Antwort sein." [S. 26] "Wir wollen keine Rüstungsexporte in Krisengebiete und Diktaturen." [S. 28]						
CDU/CSU: -						
B90/DieGrünen: "Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen. Europa exportiert Waffen und Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisengebiete sowie in Diktaturen. Das wollen wir stoppen. Wirtschaftsinteressen dürfen nicht den Frieden gefährden. Da viele Rüstungskonzerne über Grenzen hinweg eng zusammenarbeiten, brauchen wir auch eine effektive, strenge und gemeinsame Rüstungsexportkontrolle in der EU. Es braucht einklagbare strenge Regeln und Sanktionsmöglichkeiten. Deshalb wollen wir Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um die Rechtmäßigkeit genehmigter Rüstungsexporte überprüfen zu lassen." [S. 139]						
DieLinke: "– Stopp aller Rüstungsexporte! Exporte von Waffen, Rüstung und Waffenteilen in Krisen- und Kriegsgebiete müssen sofort ausgesetzt werden. – EU-Mitgliedstaaten, die die EU-Vorschriften für Waffenexporte nicht einhalten, müssen mit Sanktionen bestraft werden. – Rüstungsindustrie darf durch die EU nicht weiter gefördert werden. [...] – Der Handel mit militärischen oder militär-relevanten Dienstleistungen muss kontrolliert werden. – Wir wollen die EU-Rüstungsagentur abschaffen. – Unser Investitionsprogramm umfasst auch Mittel für den zivilen Umbau der Rüstungsindustrie. Die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie müssen in ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Arbeitsplätze überführt werden. Die bestehenden Rüstungskapazitäten müssen umgebaut werden (Rüstungskonversion)." [S. 71]						
FDP: "Wir Freie Demokraten wollen, dass die Europäische Union (EU) eine starke Stimme für Abrüstung und Rüstungskontrolle weltweit ist. Auch im 21. Jahrhundert geht von der Weiterverbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen eine Gefahr für die internationale Sicherheit aus. Insbesondere die Gefährdung durch Atomwaffen nimmt in der internationalen Politik wieder zu. [...] Wir Freie Demokraten wollen keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch weiter destabilisieren. [...] Wir Freie Demokraten wollen, dass die EU auch bei der Rüstungsexportpolitik mit einer Stimme spricht. Wir setzen uns deshalb für eine Harmonisierung der Rüstungsexportregeln in Europa ein."" [S. 63]						
AfD:						

NATO 2 % Ziel / Rüstungsausgaben erhöhen						
SPD: "Wir lehnen die pauschale Erhöhung der Rüstungsausgaben ab. Gleichzeitig wollen wir unsere Soldatinnen und Soldaten mit moderner Ausrüstung versorgen. Dafür setzen wir auch hier auf europäische Synergie durch den Aufbau einer gemeinsamen Beschaffungspolitik. Dafür führen wir auch eine gemeinsame restriktive Kontrolle von Rüstungsexporten ein, die durch ein parlamentarisches Kontrollgremium mitüberwacht wird und Verstöße hart sanktioniert. Wir wollen keine Rüstungsexporte in Krisengebiete und Diktaturen." [S. 28]						
CDU/CSU: -						
B90/DieGrünen: "Forderungen aus der NATO, die nationalen Militärausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, lehnen wir ab. Aus Sicht der EU-Kommission würden sich schon jetzt durch eine tief gehende Kooperation im Verteidigungsbereich Einsparungsmöglichkeiten von 25 bis 100 Milliarden Euro pro Jahr ergeben. Statt 17 nicht funktionsfähiger Systeme sollten wir besser ein funktionierendes System schaffen." [S. 141]						
DieLinke: "– Die Verträge der EU müssen geändert werden: Die Aufrüstungsverpflichtung für die Mitgliedstaaten schreibt die Militarisierung in die Grundlagen der EU und muss abgeschafft werden. – Stattdessen muss die EU sich auf zivilen Konfliktlösungskapazitäten beschränken und diese stärken. – Wir wollen konventionelle Streitkräfte abrüsten. Als ersten Schritt wollen wir eine konventionelle Rüstungskontrolle in Europa nach dem Vorbild des A-KSE-Vertrags (Angepasster Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa)." [S. 71]						
FDP: "Wir Freie Demokraten wollen, dass die Europäische Union (EU) eine starke Stimme für Abrüstung und Rüstungskontrolle weltweit ist." [S. 63]						
AfD: "Wir fordern die zügige Anpassung des deutschen Wehretats an das 2-Prozent-Ziel der NATO. Die Erfüllung dieses Ziels dient der Erneuerung der Einsatz- und Bündnisfähigkeit unserer Streitkräfte." [S. 19]						

Flucht- und Migration

Asylpolitik

Asylpolitik						
Asylverfahren verschärfen						
SPD: "Vereinheitlichung und Beschleunigung von Asylverfahren und gemeinsames Handeln bei der Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern. Der Anreiz für freiwillige Rückkehr soll mit finanziellen Hilfen für den Neustart im Herkunftsland erhöht werden." [S. 29]						
CDU/CSU: "Unser Europa bekennt sich zu seinen rechtlichen und humanitären Verpflichtungen. Zugleich wollen wir, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Nur dann können wir wirklich Schutzbedürftigen helfen. Dort wo wir europäische Lösungen gefunden haben, zeigt sich, dass die Maßnahmen wirken. Außerdem wollen wir Fehlanreize beseitigen, Asylbewerberleistungen europaweit angleichen und auf in Minimum beschränken." [S. 14]						
B90/DieGrünen: "Jeder Mensch auf der Flucht hat den Anspruch auf ein faires Asylverfahren, auch wenn dieses nicht für alle zu einer Aufenthaltserlaubnis führt. Nicht alle, die kommen, können bleiben. Diejenigen, deren Asylanträge abgelehnt werden und bei denen keine anderen Gründe gegen eine Rückkehr sprechen, müssen zurückgeführt werden." [S. 96]						
DieLinke: "Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge und eine entsprechende humanitäre Visa-Vergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR." [S. 96]						
FDP: "Wir Freie Demokraten wollen die Rückführungsmodalitäten für Ausreisepflichtige, insbesondere abgelehnte Asylbewerber eindeutig und europäisch einheitlich regeln. Wir fordern eine effizientere Ausgestaltung der Verfahren und eine konsequentere und schnellere Rückführung in die Herkunftsländer, in denen keine Gefahr für Leib und Leben besteht." [S. 55]						
Afd: "Abgelehnte Asylbewerber müssen das Land verlassen, einen nachträglichen „Spurwechsel“ (von einem Schutzstatus zu einem Bleiberecht) lehnen wir ab. Es darf zu keiner nachträglichen Legalisierung der illegalen Einreise kommen. Auch anerkannte Asylbewerber dürfen nicht automatisch in einen Daueraufenthalt hineinwachsen. Sobald die Rückkehr in einen Herkunftsstaat möglich ist, muss diese unverzüglich, ausnahmslos und unbürokratisch durchzusetzen sein." [S. 39]						

Frontext / EU-Asylbehörde					
SPD: - Union: "Die europäische Grenzagentur FRONTEX wollen wir so zügig wie möglich zu einer operativen Grenzpolizei an der europäischen Außengrenze ausbauen. Deutsche Polizisten sollen sich an der europäischen Grenzpolizei beteiligen. FRONTEX soll auf mindestens 10 000 zusätzliche Grenzschützer mit direkten Eingriffsrechten anwachsen. FRONTEX benötigt die Befugnisse, die klaren Vorschriften zur Grenzkontrolle und den Einreisebestimmungen an den europäischen Außengrenzen in Zusammenarbeit mit den Nationalstaaten durchzusetzen." [S. 14] B90/DieGrünen: "Wir wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz der Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, und keine einseitige Aufrüstung von Frontex. Parallel dazu muss die EU-Asylbehörde in ihren Befugnissen so erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine schnelle Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung und die anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt." [S. 94] DieLinke: "Seebrücken und Fähren statt Frontex! Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden." [S. 75] FDP: "Für uns Freie Demokraten sind offene Binnengrenzen als wesentliches Element zur Sicherung der Freizügigkeit ein zentraler Grundpfeiler der Europäischen Union. Uns ist aber bewusst, dass sichere Außengrenzen die Voraussetzung für offene Binnengrenzen sind. Die Mitgliedstaaten müssen sich daher auf einen wirksamen europäischen Grenzschutz nach einheitlichen Maßstäben verlassen können. Deshalb soll die Grenzschutzagentur Frontex von der jetzigen zwischenstaatlichen Struktur zu einer echten europäischen Grenzschutzbehörde mit eigenen Handlungsbefugnissen und Personal ausgebaut werden. Die Agentur soll der EU-Grundrechtecharta verpflichtet und dem Europäischen Parlament gegen-über rechenschaftspflichtig sein und regelmäßig Bericht erstatten." [S. 52] AfD: "Die aktuelle Praxis der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, auf See aufgegriffene Menschen mit Migrationsziel Europa in die EU weiter zu transportieren und damit Hilfsdienste für Schleuser zu verrichten, ist absurd und verkehrt den Zweck einer Agentur für Grenzschutz in sein Gegenteil. Für die Sicherung der Außengrenzen sind in erster Linie die betroffenen Staaten der EU national selbst zuständig, wie dies von Ungarn beispielhaft vorgelebt wird. Ist ein Mitgliedsstaat hierzu dauerhaft nicht allein in der Lage, ist dieses als letzte Maßnahme temporär oder dauerhaft aus dem Schengen-Raum auszuschließen." [S. 39]					

Transitzentren						
SPD: -						
Union: "Wir setzen auf europäische Transitzentren. Dort muss geprüft und entschieden werden, ob jemand schutzbedürftig ist und einreisen darf. Nicht einreiseberechtigte Personen sowie Personen ohne Asylgrund und ohne Flüchtlingsstatus müssen von dort zurückgeführt werden." [S. 14]						
B90/DieGrünen: -						
DieLinke: "Schnellverfahren und Inhaftierungen von Schutzsuchenden (egal ob in sogenannten »Rückkehr-«, »Transit-«, »kontrollierten Zentren« oder »Hotspots«) wollen wir abschaffen." [S. 76]						
FDP: "Zur Vermeidung der Notwendigkeit von Rückführungen ist die Möglichkeit der Antragstellung in den Heimat- und Transitländern zu verstärken. Nach französischem Modell sollen in Kooperation mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) HotSpots in Herkunfts- und Transitländern errichtet werden, in denen eine Antrags-stellung möglich ist. Gleichzeitig soll darauf hingewirkt werden, dass zwischen der EU und Drittstaaten „No Torture“-Abkommen geschlossen werden." [S. 55]						
AfD: -						

Erweiterung sicherer Herkunftsländer						
SPD: -						
Union: "Gerade für Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten wollen wir die Verfahren bei uns wie in ganz Europa beschleunigen. Tunesien, Algerien, Marokko und Georgien müssen zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden." [S. 15]						
B90/DieGrünen: "Die Einstufung von Staaten als sichere Dritt- oder Herkunftsländern ist aus unserer Sicht das falsche Instrument. Es beschleunigt zudem keine Verfahren. Wir halten das Prinzip für falsch. Um Verfahren zu beschleunigen, braucht es Personal und Priorisierungen. Rückführungen scheitern an fehlenden Rückführungsabkommen." [S. 94f.]						
DieLinke: "Wir wollen in der EU einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau; die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden." [S. 76]						
FDP: "Parallel zu entsprechenden EU-Listen sollen außerdem nationale Listen sicherer Herkunftsstaaten und sicherer Drittstaaten verbindlich beibehalten oder eingeführt werden können, sofern die EU-Kommission der Benennung einzelner Staaten nicht widerspricht oder die analoge Einstufung auf europäischer Ebene ausgesetzt ist." [S. 55]						
AfD: -						

Fluchtursachen bekämpfen							
SPD:	"Immer mehr Menschen sind zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen, weil sie sich und ihre Familien nicht mehr ernähren können. Mit einer fairen Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie einer wirkungsvollen Entwicklungszusammenarbeit, die soziale und ökologische Ziele mit wirtschaftlichen Zielen gleichsetzt, wollen wir Fluchtursachen bekämpfen." [S. 29f.]						
Union:	"Eine der Hauptaufgaben der vernetzten Außenpolitik in Zeiten zunehmender globaler Migration ist auch die Bekämpfung von Fluchtursachen. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort Perspektiven für ihr Leben erhalten. Unser Europa und seine Mitgliedstaaten leisten bereits heute die Hälfte der weltweiten staatlichen Entwicklungsleistungen. Mit dem Marshallplan mit Afrika setzen wir einen ganz besonderen Schwerpunkt." [S. 18]						
B90/DieGrünen:	"Doch es gibt auch Ursachen für Flucht, an denen wir in Europa sehr wohl beteiligt sind. Sie haben mit der Art, wie wir konsumieren, wirtschaften und handeln, zu tun. Deshalb darf europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder Rüstungsexportpolitik nicht nur an ihrem Nutzen für unsere Gesellschaften gemessen werden und auch nicht länger Nachhaltigkeitsziele wie Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit konterkarieren. Wir stehen für eine Handelspolitik, die fair, ökologisch und gerecht gestaltet ist und Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt." [S. 97]						
DieLinke:	"Hilfe vor Ort ausreichend unterstützen! [...] Die EU muss mit gutem Beispiel voran gehen und endlich die Finanzierungslücke des UNO-Hilfswerks (UNHCR), des Welternährungsprogramms und der Weltgesundheitsorganisation schließen. [...] Effektiver Klimaschutz statt Symbolpolitik! Wir wollen, dass die EU mit einem europäischen Klimaschutzplan ihrer Verantwortung dafür gerecht wird, die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. [...] Waffenexporten in Europa verbieten! Wir fordern einen sofortigen Stopp der Exporte von Rüstungsgütern, Waffenteilen und der Lieferungen von Rüstungsfabriken. [...] In Entwicklung investieren! Wir wollen die Mittel für militärische Interventionen umwidmen und in ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramm der EU investieren." [S. 77]						
FDP:	"Die Europäische Union (EU) muss daher im Rahmen Ihrer Außenpolitik- und Entwicklungszusammenarbeit darauf hinwirken, dass nachhaltige Entwicklung stattfinden kann und Fluchtursachen erst gar nicht entstehen." [S. 53]						
AfD:	"Entwicklungshilfe, die Gewährung von Visa sowie den Marktzugang in die EU wollen wir auf die Staaten beschränken, welche ihre abzuschiebenden Staatsbürger zurücknehmen und nicht eigenverantwortlich Fluchtgründe verursachen. Die EU sollte außerdem Staaten in Kriegsregionen beim Wiederaufbau unterstützen, sodass von dort in die EU geflohene Menschen in ihre Heimat zurückkehren können." [S. 40]						

Mehrheitsprinzip stärken						
SPD: "Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen im EU-Ministerrat verstärken. Europa muss noch an vielen Stellen zu deutlich schnelleren und effizienteren Entscheidungen kommen. Zu oft gilt noch das Prinzip der Einstimmigkeit. Dadurch wird die Handlungsfähigkeit Europas gelähmt. Künftig sollen wichtige Gesetzgebungen nicht mehr durch einzelne Mitgliedstaaten blockiert werden können." [S. 72]						
Union: -						
B90/DieGrünen: "Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen einführen. Das betrifft hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Steuerpolitik. Damit stärken wir Europas Handlungsfähigkeit und verhindern, dass einzelne Mitgliedsländer grundlegende Entscheidungen blockieren können." [S. 86]						
DieLinke: -						
FDP: -						
AfD: "Die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip und die Einführung eines Mehrheitsprinzips ist mit unserer Vorstellung der Europäischen Union nicht vereinbar. Kein Land soll über ein anderes Land bestimmen. Das Mehrheitsprinzip hebt die Souveränität der Staaten auf." [S. 12]						

Spitzenkandidat*innen						
SPD: "Echte europäische Spitzenkandidatinnen und -kandidaten. Wir wollen mehr europapolitische Debatten. [...] Die Wählerinnen und Wähler sollen einfacher erfahren können, welche Partei im Europäischen Parlament für welche Inhalte steht. Dazu leistet der pointierte politische Wettstreit der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten um das Amt des Kommissionspräsidenten, der -präsidentin einen wichtigen Beitrag." [S. 70f.]						
Union: "Daher haben wir bei der letzten Europawahl den Spitzenkandidatenprozess eingeführt: Derjenige Spitzenkandidat der europäischen Parteienfamilien, der die Mehrheit der Abgeordneten im Europäischen Parlament hinter sich versammeln kann, muss Präsident der Europäischen Kommission werden." [S. 19]						
B90/DieGrünen: "Für die Europawahlen unterstützen wir weiterhin das Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen und transnationalen Listen. Sobald die Möglichkeit einer transnationalen Liste besteht, sollten die Spitzenkandidat*innen eine europäische Parteiliste anführen. Zugleich halten wir an der Position fest, dass Präsident*in der Europäischen Kommission nur werden kann, wer zuvor als Spitzenkandidat*in angetreten war." [S. 88]						
DieLinke: -						
FDP: "Wir Freie Demokraten wollen, dass das Europäische Parlament nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidatinnen und -kandidaten gewählt wird. [...] Die Aufstellung von Spitzenkandidatinnen und -kandidaten oder Spitzen-Teams garantiert schließlich und stellt den politischen Druck her, dass nur solche Personen an die Spitze der Kommission gelangen können, die bei Wahlen persönlich den größten Rückhalt errungen haben. Kommissionspräsidentin/-präsident soll jene Kandidatin beziehungsweise jener Kandidat werden, welche oder welcher eine Mehrheit im Parlament auf sich vereinen kann" [S. 6f.]						
AfD: -						

Quellenangaben

Wahlprogramm SPD

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa_ist_die_Antwort/SPD_Europaprogramm_2019.pdf

Wahlprogramm CDU/CSU

https://www.cdu.de/system/tmf/media/dokumente/europawahlprogramm.pdf?file=1&type=filed_collection_item&id=18290

Wahlprogramm Bündnis90/DieGrünen

https://cms.gruene.de/uploads/documents/2019_Europawahl-Programm.pdf

Entwurf des Wahlprogramms DIE LINKE

Link zum Wahlprogramm: [https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm_pdf/Europawahlprogramm_2019 -
Partei DIE LINKE.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm_pdf/Europawahlprogramm_2019_-_Partei_DIE_LINKE.pdf)

Entwurf des Wahlprogramms FDP

Linke zum Wahlprogramm: <https://www.fdp.de/content/beschluss-des-europaparteitages-europas-chancen-nutzen-das-programm-der-freien-demokraten>

Wahlprogramm AfD

https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/03/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf

Impressum

© 2019

Friedrich-Ebert-Stiftung
Herausgeber: Referat Internationale Politikanalyse
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin
www.fes.de/ipa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Ansprechpartner:

Arne Schildberg, Referent Europäische Integration
Arne.Schildberg@fes.de

Christopher Amerkamp, Internationale Politikanalyse
Christopher.Amerkamp@fes.de

Mai 2019